

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung  
Schiffbauart 8-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH  
Berlin SW 68, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Die Wahlen in Bayern.

## Zusammenbruch der Bayerischen Volkspartei. — Mißerfolg der Marxistenhege.

Die Nachrichten über das Ergebnis der bayerischen Wahlen sind noch unvollständig. Soweit sie ein zusammenfassendes Urteil zulassen, lautet es dahin: Vernichtung der alten Rechtsparteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei), katastrophale Schädigung der Bayerischen Volkspartei durch die Bäckischen, geringere Schädigung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten.

Die bürgerlichen Parteien kämpften fast ausnahmslos unter der Parole: „Gegen die Marxisten, gegen die Novemberverbrecher!“ Sozialdemokraten und Kommunisten werden damit, trotz ihrer scharfen Gegensätze, miteinander in einen Topf geworfen. Seht man von den eigenen Voraussetzungen der Gegner aus, dann ist das Ergebnis für sie ein Mißerfolg. Denn Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen haben, nach den bisherigen Zählungen, nicht viel weniger Stimmen erhalten als bei den früheren Wahlen. Stellenweise haben die Kommunisten den Sozialdemokraten erheblichen Abbruch getan: hier besteht der Erfolg der Marxistenfreier lediglich darin, daß sie an Stelle der eruzuzunehmenden sozialdemokratischen Gegner weniger ernstzunehmende Kommunisten eingetauscht haben.

Aber, davon abgesehen, ist der Erfolg des Antimarxistensturms geradezu kläglich zu nennen. Die Sozialdemokratie hat sich tapfer geschlagen und ausgezeichnet gehalten. Auch die „B. S. am Mittag“ bestätigt in einer Münchener Eigenmeldung, daß sich die Sozialdemokratie überraschend gut gehalten hat. Mit der Marxistenvernichtung ist es also Elfig.

Dagegen hat die Antimarxistenparole auf die bürgerlichen Parteien etwa so gewirkt, wie wenn Giftgas vom Wind in den eigenen Schützengraben zurückgetrieben werden. Den „Marxisten“ hat diese Parole nichts anzuhaben vermocht, bei den Rechtsparteien, einschließlic der Bayerischen Volkspartei, hat sie geradezu vernichtende Wirkung gehabt.

Der Partikularismus ist entscheidend aufs Haupt geschlagen. Seine Anhänger, eben die Bayerische Volkspartei, werden im Landtag nun eine Minderheit bilden. Mit erdrückender Mehrheit hat das bayerische Volk in dem Volksentscheid, der mit den Wahlen vereinigt war, das Verlangen der Bayerischen Volkspartei abgelehnt, der neue Landtag solle bevollmächtigt werden, mit einfacher Mehrheit die Verfassung zu ändern. Sächlic ließ dieser Antrag auf die Absicht hinaus, neben dem Landtag ein Oberhaus zu errichten und einen bayerischen Staatspräsidenten als „Statthalter der Monarchie“ zu wählen.

Als die Volkspartei diesen Volksentscheid beantragte, glaubte sie an einen sicheren Erfolg, glaubte sie an eine partikularistische Mehrheit im neuen Landtag, glaubte sie, ihr Jahr werde zum Staatspräsidenten gewählt werden. Mehr ist davongelaufen, mit der partikularistischen Mehrheit ist es nichts, der Volksentscheid ist gegen die Antragsteller ausgefallen.

Eine gründlichere Niederlage läßt sich nicht vorstellen. Und diese Niederlage ist im Interesse der Reichseinheit ein erfreuliches Ereignis. Denn so groß auch die völkische Gefahr vom außenpolitischen Standpunkt aus erscheint, innenpolitisch war die bayerisch-partikularistische Gefahr die größte. Ging der zweitgrößte Einzelstaat zur Monarchie, so ging er aus der Deutschen Republik hinaus und verursachte damit den schwersten inneren Zusammenbruch. Diese Gefahr ist bis auf weiteres gebannt. Rupprecht muß sich bescheiden.

Wie die neue bayerische Regierung aussehen wird, läßt sich noch nicht sagen. Jedenfalls befindet sich die bisherige Hauptträgerin der Regierungsgewalt, die Bayerische Volkspartei, in einer fürchterlichen Situation, die durch die Offenbarung des Reichsentrums bei den kommenden Reichstagswahlen nur noch schlimmer wird. Wenn man denkt, was für eine Klug — manchmal überklug — geleitete Partei das Reichsentrum ist und das bayerische Zentrum früher einmal gewesen ist, dann begreift man kaum, wie sich die Rechtsnachfolgerin des bayerischen Zentrums, die Volkspartei, so plump und töricht in den Dreck hineinreiten konnte.

Welche Schlüsse sind aus den Bayernwahlen für die Reichstagswahlen zu ziehen? Vor allem der, daß die Sozialdemokratie mit besserer Zuversicht in den Kampf ziehen kann. Natürlich muß alles getan werden, um jede Schädigung der sozialdemokratischen Kraft durch den Kommunismus zu verhindern. Auch diese Aufgabe bietet günstige Aussichten. Denn dort man Bayern als symptomatisch nehmen, dann hat die Sozialdemokratie von den Kommunisten viel geringere Schädigungen zu befürchten als die bürgerliche Rechte und Mitte von den Bäckischen. Wenn sich die Sozialdemokratie als die Partei bewährt, der die allgemeine Tendenz zur Zerstückelung und Auflösung am wenigsten anhaben kann, dann wird sie am 4. Mai die eigentliche Siegerin sein.

Die Bäckischen sind auf die Dauer keine Gefahr, denn sie selber werden keine Dauer haben. Für den Augenblick aber können ihre Erfolge für Deutschland nach außen hin geradezu lebensgefährlich werden. Biersleicht aber öffnet jetzt der Fall Bayern auch breiteren bürgerlichen Kreisen die Augen darüber, wohin das blödsinnige Antimarxistengeschrei führt.

Alles in allem: Wenn jemand Anlaß hat, nach dem 6. April den Schreckensruf auszustößen: „O weh, wir sind verloren!“ dann ist es ganz bestimmt nicht die von allen Seiten angegriffene und gehegte Sozialdemokratie. Sie ist aus den Bayernwahlen als ein in seiner Beständigkeit gesicherter Machtfaktor hervorgegangen, als solcher wird sie erst recht auch aus den Reichstagswahlen hervorgehen. An uns ist es, nun dafür zu sorgen, daß unsere Gegner am 4. Mai eine noch viel stärkere Enttäuschung erfahren als am 6. April.

München: Von 408 772 Wahlberechtigten haben 300 875 abgestimmt. Davon erhielten: Vereinigte Sozialdemokraten 71 489 (134,00), Kommunisten 47 968 (24,41), Bäckische 104 972, Deutsche Volkspartei 41 555, Demokr. 76 442, Kathol. 20 555, Nationale Rechte 12 721, Christl. Volksgemeinschaft 2 319, Beamtengruppe 3 039, Unabh. 1 583, Bayer. Volksp. 59 628 (1020: 108 000), Mieter 278, Volksentscheid: 91 016 Ja, 182 193 Nein.

Nürnberg: (fehlen 12 Bez.) BSPD. 57 500 (93 000), BSt. 55 000 SPD 34 000 (3300), Demokr. 9 400, Mittelstandspartei 11 000, Nationallib. 12 500, Nat. Rechte 3 500, NSP. 580, Christl. Soz. 7000, Bayer. Volksp. 12 000, Volksentscheid: 81 800 Ja, 127 500 Nein.

Köln: BSPD. 17 518 (34 000), Bayer. Volksp. 26 770 (27 997), BSt. 18 000, SPD. 8 558 (81), Nat. Rechte 4 000, Volksentscheid: 26 797 Ja (26,4 Proz.), 42 943 Nein (61,6 Proz.) Wahlrückgang 7,4 Proz.

Wuppertal: BSPD. 4 227 (12 000), SPD. 17 355, Deutscher Block (Demokr.) 2 140, Nationalrechte 4 037, Bayer. Volkspartei 12 163 (17 719), Bäckische 4 927, Christlichsozial (Sir.) 2 566, Volksentscheid: 17 811 Ja, 15 004 Nein.

Hof: BSPD. 7 510, SPD. 968, BSt. 9 872, Demokr. 705, Bayer. Volkspartei 752, Nationale Rechte 874.

Schwelm: BSPD. 4 209, Bäckische 2 097, Christlichsozial 732, SPD. 3 064, Demokr. 1 207, Bayer. Volkspartei 8006, Nationale Rechte 3 327.

Fürth: BSPD. 14 000, SPD. 5 000, BSt. 8 500, Demokr. 2 000, Volksentscheid: 8 000 Ja, 24 000 Nein.

Bamberg: BSPD. 3 554, SPD. 738, BSt. 7 940, Bayer. Volksp. 8 450, Demokr. 5 411, Mittelstandsp. 728, Nat. Rechte 757.

Bayreuth: BSPD. 5 365, Komm. 1 098, Demof. 454, Nationallib. 414, Bäckische 7 927, Bayer. Volksp. 607, Beamtenpartei 27, Deutschnat. 1 831, Volksentscheid: 3 250 Ja, 12 743 Nein.

Koblenz (Bezirk des ehemaligen Freistaats): BSPD. 11 091, Komm. 1 462, Bayer. Volksp. —, BSt. 12 161, Heimattreue Koburger 6 006.

München: BSPD. 3 321, Komm. 650, Bayer. Volksp. 5 638, BSt. 1 180, Christl. Soz. (Sir.) 563, Demokr. 872, Ber. Nationale Rechte 1 475, Volksentscheid: 4 755 Ja, 6 718 Nein.

Passau (Stadt und Land vollständig): Bayer. Volkspartei 4 676, Nationallib. 1 099, Bauern- und Mittelstandsbund 931, Dtsch. Block 75, BSt. Block 945, BSPD. 1 120, SPD. 851, Christlichsozial. Partei 64.

Ingolstadt: Bayer. Volkspartei 3 390, Nationallib. 1 571, Bauern- und Mittelstandsbund 15, Dtsch. Block 26, BSt. Block 4 146, BSPD. 1 395, SPD. 1 732, Christlichsozial. Partei 513, Volksentscheid 3 833 für und 7 274 gegen.

	So.	BSt.	SPD.	Dem.	Bayer. Volksp.	Nat. Rechte	Nat. Lib.	Mittelstandsb.
Landshut	1 150	4 470	1 090	50	4 450	—	—	—
Regensburg	4 000	3 600	2 930	2 100	1 000	1 600	—	—
Ulm	3 280	2 440	428	—	4 168	544	—	—
Erlangen	2 900	1 715	547	283	852	370	631	—
Weiden	1 200	1 600	1 480	403	968	106	—	—
Schwabach	192	1 160	690	901	237	824	407	—
Neustadt a. Weid.	1 780	1 100	780	800	500	—	—	—
Kob. u. Rürnberg	1 460	827	85	98	211	—	250	240
Regenb. ob. L.	1 020	920	260	232	227	855	700	—

### Selbstanklagen der Volkspartei.

München, 6. April. (TU.) Die Versammlung der Bayerischen Volkspartei, in der die Wahlergebnisse bekanntgegeben wurden, fand unter dem für diese Partei sehr bedrückenden Eindruck des Wahlergebnisses. Der Münchener Parteivorsitzende, Abg. Gieseler, deutete an, daß man die Wahlniederlage eigentlich selbst verschuldet habe, indem gewisse Stellen jahrelang mit den völkischen Kreisen geschäftig hätten. Dieses Vorkommnis habe sich heute geäußert. Dann sprach der abgedante Sozialminister Oswald. Er meinte, die Regierung, die nun zustandekommen werde in Bayern, werde nicht von langer Dauer sein. Das Wahlergebnis in München habe sich längst voraussagen lassen. Daß die Nationalsozialisten so stark in den Landtag einzutreten werden, habe das Gute für sich, daß sie nun Farbe bekennen müssen und die Bevölkerung sehen werde, wohin die Reise gehe und was die Bäckischen eigentlich verheßen. Die Bayerische Volkspartei habe von vornherein mit einem Stimmenverlust von 40 Proz. gerechnet. Die Bäckischen würden gleich von Anfang an in Gestalt des Kontraktbes eine harte Rufe zu beissen bekommen, wobei sie klar Farbe bekennen müßten. Der christliche Bauernführer Direktor Melcher führte die Wahlniederlage der Bayerischen Volkspartei besonders auf die schwere Belastung der Partei mit Herrn v. Koch zurück und meinte, der schwerste Schlag werde erst noch kommen bei der Reichstagswahl, und zwar auf Grund des heutigen Wahlergebnisses der Bäckischen, und dann, weil sie gegenüber der Reichspolizei viel größere Ausschüsse auf Wehrerfolge hätten wie gegenüber der bayerischen Polizei. Es sprach dann noch der Reichstagsabgeordnete Rauch.

# Die Eisenbahner lehnen ab.

Der Beirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm gestern und heute in eingehender Beratung Stellung zu dem Verhandlungsergebnis bzw. dem Gegenvorschlag der Reichsregierung. Obwohl die Abstimmung über das Verhandlungsergebnis zur Stunde uns noch nicht vorliegt, kann doch bereits festgestellt werden, daß der Gegenvorschlag der Reichsregierung von allen Diskussionsrednern mit Entschiedenheit und Enttäuschung abgelehnt worden ist. Andererseits ist klar zum Ausdruck gekommen, daß der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, bevor er zum letzten Mittel greift, alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen soll. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird deshalb beauftragt werden — auch das ging aus der Debatte in unzulässiger Klarheit hervor —, an den Bundesvorstand des ADGB heranzutreten und ihn zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf das dringendste vorstellig zu werden, damit diese den nur zu berechtigten Forderungen der Eisenbahner Rechnung trägt. Von der Antwort der Reichsregierung allein wird es abhängen, ob die Verhandlungen morgen fortgesetzt werden oder ob die Eisenbahner zum letzten Kampfmittel greifen werden.

Wir können nur nochmals die Reichsregierung dringend vor den Folgen warnen, die unweigerlich eintreten müssen, wenn sie auf ihrem seither eingenommenen Standpunkt verharrt. Wir erinnern nochmals daran, daß man die Eisenbahner entgegen dem früheren Brauch, wo ihre Löhne gleichzeitig mit denen der Beamten geregelt wurde, wochenlang vergebens auf eine Neuregelung warten ließ. Wir erinnern weiter daran, daß die gewiß immer noch unzureichenden Beamtengehälter um etwa 25 Proz. aufgebessert wurden, daß nach der Lohnvereinbarung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnergewerkschaften eine nicht unwesentlich geringere Aufbesserung der Löhne vorgenommen wurde, daß aber die Reichsregierung selbst von diesem Abkommen noch

Abstriche machte, und zwar — das ist der Skandal — gerade bei den unteren Gruppen. Wenn die Reichsregierung derart die ausgehungerten Eisenbahner zur Verzweiflung treibt, dann wird die Dessenlichkeit mit ihren Sympathien auf Seite der Eisenbahner stehen.

Wie uns vom Allgemeinen Eisenbahnerverband (Hirsch-Dunker), Bezirk Berlin, mitgeteilt wird, hat eine am Sonntag tagende Funktionärerversammlung des AEB mit größter Erregung davon Kenntnis genommen, daß das Reichskabinett dem Verhandlungsergebnis zwischen den Verbänden und dem ADGB nicht zugestimmt hat. Falls die Vereinbarungen nicht durchgeführt würden, müßten die Funktionäre das Diktat des Reichskabinetts als einen Angriff auf die Ehre der Verbände ansehen und verlangen, daß dies mit allen Mitteln verteidigt wird.

Am Sonnabend hat der Zustand der Eisenbahner an Umfang zugenommen. In Nürnberg stellten zwei Betriebswerkstätten die Arbeit ein. Außerdem trat das Bahnbetriebswerk Halling in den Streik. Dadurch ist der Grenzverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz in seiner Aufrechterhaltung ernsthaft bedroht. In Eberfeld (Direktionsbezirk) hat der Zustand eine erhebliche Erweiterung erfahren. Bis Sonnabend standen insgesamt 10 000 Eisenbahner im Streik. Außer Mitstreikern des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbandes sind Angehörige der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Organisationen an dem Streik beteiligt.

Zur Bewegung der Eisenbahner ist zu sagen, daß die Lage in Groß-Hamburg unverändert ist. Die Reichsbahndirektion teilt mit, daß sich die Lage in Neumünster infolgedessen verschärft hat, als dort die Güterboden- und Gepärdarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Irgegendwelche Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

welcher meinte, München habe heute ein Debakel erlitten. Wenn die Nationalsozialisten in den Reichstag in großer Stärke einziehen würden, so werde Bayern räumlich und wirtschaftlich auf das schwerste gefährdet sein.

### Ein Teilergebnis.

München, 7. April. (M.) Bis Montag Vormittag 11 Uhr waren aus 57 bayerischen Wahlbezirken einschließlich München gewählt: für Bayerische Volkspartei 298 348, Sozialdemokraten 141 439, Kommunisten 77 593, völkischer Block 185 943, deutscher Block (Demokr.) 24 771, christlichsozialer Partei 12 089, vereinigte nationale Rechte 57 275, nationalliberale Landespartei 4862, Deutsche Volkspartei 4478, Volkseinheit 275 132 Stimmen mit Ja, 445 678 Stimmen mit Nein.

### Die ersten Pressestimmen.

München, 7. April. (M.) Das erste Blatt, das zu dem Ergebnis der Landtagswahl Stellung nimmt, ist die „München-Augsburger Abendzeitung“, die in ihrer heutigen Montagsausgabe schreibt, der völkische Block habe in München einen unbestreitbaren Erfolg errungen, denn es sei kaum anzunehmen gewesen, daß er fast doppelt so viel Stimmen wie die bayerische Volkspartei auf sich vereinigen würde.

### Die italienischen „Wahlen“.

#### Enttäuschung der Faschisten — Starke Opposition.

Mailand, 7. April. (E.) Der Ausgang der Wahlen in Mailand hat die Faschisten am meisten überrascht und großes Entsetzen hervorgerufen. Die Faschisten hatten ein bedeutend günstigeres Ergebnis erwartet. Sie zweifeln nicht daran, daß viele mit der Oppositionspartei gestimmt haben, die sich öffentlich als Faschisten ausgegeben haben. Wenn auch die Faschistenliste mit rund 58 000 Stimmen durchgedrungen ist (dank einem schamlosen Wahlsystem, das eine Minderheit der Stimmen in eine Mehrheit der Mandate verwandelt. Red. d. „D.“), so stehen ihr doch über 90 000 Stimmen der Oppositionsparteien gegenüber, darunter allein rund 75 000 Stimmen der drei sozialistischen Parteien.

Mailand, 7. April. (M.) Bei den gestrigen italienischen Kammerwahlen haben die Faschisten den erwarteten „Sieg“ davongetragen. Ihre Kandidaten, etwa 220 an der Zahl, können als gewählt gelten. Eine ziemlich starke Opposition werden von der Opposition die gemäßigten Sozialisten in der neuen Kammer aufweisen, während die Demokraten, Liberalen und die Reginal-Sozialisten nur eine geringe Vertreterzahl errangen. Die Mandate der katholischen Volkspartei werden stark verringert. Zahlenmäßig liegen bis jetzt nur unvollständige Teilergebnisse vor.

### Blutiger Wahlzwischenfall in Italien.

Rom, 7. April. (M.) In Sarno ist es zwischen Faschisten und Vertretern der Opposition zu einem Zusammenstoß gekommen. Letztere feuerten Revolvergeschüsse auf die Faschisten ab. (Oder umgekehrt? Red. d. „B.“) Die Polizei hat fünf Verhaftungen vorgenommen.

### Arbeit für Poincaré.

Paris, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen der hiesigen Blätter sollen die von der französischen Militärpolizei im besetzten Gebiet durchgeführten Hausdurchsuchungen sehr besitzendes Material über die Tätigkeit der militärischen Geheimorganisationen zutage gefördert haben. Das „Journal“ will wissen, daß auch das Reichswehrministerium dadurch schwer kompromittiert werde. Die französischen Behörden hätten neue Beweise dafür erhalten, daß die Reichswehr zahlreiche junge Leute zu wehrmäßigen Übungen einberufe. Um die alliierten Kontrollorgane zu täuschen, müßten die Einberufungen Kontrakte mit zweijähriger Dienstverpflichtung unterschreiben, würden aber meist nach drei Monaten wieder entlassen, so daß auf diese Weise hunderttausende junger Leute im Widerspruch mit dem Friedensvertrag militärisch ausgebildet würden.

Paris, 7. April. (M.) Die in dem besetzten Gebiet veranstalteten Hausdurchsuchungen, die Beweise für das Bestehen von Geheimverbänden abgeben sollen und die am Vorabend des Tages erfolgten, an dem die Völkischer Konferenz sich zum erstenmal mit der deutschen

Rote über die militärische Kontrolle zu beschäftigen hatte, werden von der Presse in starkem Maße ausgebeutet. Das „Echo de Paris“ meldet bezeichnenderweise, es sei schon gestern ein Aktenbündel über das Ergebnis der Hausdurchsuchungen dem englischen Premierminister Ramsay MacDonald übermittelt worden.

### Die Vorschläge der Sachverständigen.

Stabilisierung der Währung. — Finanzkontrolle. — Monopole. — Besteuerung der Inflationsgewinne.

Paris, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Der „New York Herald“ veröffentlicht am Sonntag folgendes über die vorläufigen Vorschläge der Sachverständigen. Als das direkte Ziel werde die Stabilisierung der Währung bezeichnet, da diese die Voraussetzung nicht nur für das Gleichgewicht des Budgets, sondern auch für die Reparationszahlungen bilde. Die Stabilisierung der Währung könne in vier bis fünf Monaten durch die Goldemissionsbank erreicht werden, die über 400 Millionen Aktienkapital und Goldreserven in dreifacher Höhe verfügen soll. In dieser Bank soll sowohl die Reichsbank als auch die Goldkreditbank aufgehen. Sowohl die neue Bank als auch die Eisenbahnen sollen einer scharfen internationalen Kontrolle unterliegen. Die Überwachung der Bank soll sich auf alle finanziellen Transaktionen des Reiches erstrecken, sie soll vor allem eine neue Erschütterung des Devisenmarktes durch das plötzliche Aufschwüngen großer Mengen Goldmark verhindern. Die Kontrolle der Eisenbahn soll sich auf die finanzielle Führung des Unternehmens beschränken. Der technische Betrieb soll davon unberührt bleiben. Eine äußere Anleihe in Verbindung mit einer Erhöhung gewisser Steuern, der Zollerlöse und der Eisenbahnerlöse soll dem Reich die Mittel liefern, sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen und nach und nach die Einnahmen für die Reparationen flüssig zu machen. Auf diese Weise sollen bereits vom ersten Jahre ab die Besatzungskosten und die Aufwendungen für die Sachlieferungen finanziert werden. Von sechsten Jahre ab rechnet man mit einer Gesamtleistung von 2,5 Milliarden, die später auf Grund eines Index für die Preispolitik der deutschen Wirtschaft eine Erhöhung von 4 bis 5 Proz. pro Jahr bis zum Höchstbetrage von etwa 3 Milliarden erfahren könne. An neuen Einnahmequellen dürften von den Sachverständigen geschaffen werden: die Monopole auf Tabak, Alkohol und Zucker sowie die Besteuerung der Inflationsgewinne von Landwirtschaft und Industrie. Aus der letzteren werden 10 Milliarden erwartet, die in Form einer Obligationsanleihe mobilisiert und zur Hälfte dem Reich und zur anderen Hälfte den Reparationsgläubigern zugute kommen sollen.

Paris, 7. April. (M.) „Echo de Paris“ erklärt, die neue Verzögerung der Fertigstellung des Berichts der Sachverständigen habe keinen sachlichen Grund. Am letzten Donnerstag sei das Hindernis beseitigt worden; es habe sich um die wirtschaftliche Freiheit des deutschen Volkes gehandelt, und man habe das übliche Kompromiß geschlossen. Seit dieser Zeit habe man sich nur damit beschäftigt, den englischen Text und den französischen Text, die beide Gültigkeit haben sollen, in Einklang zu bringen. Ziemlich genaue Berichte über den Inhalt des Berichts seien in der Presse bereits erschienen. Große Überraschungen seien also nicht mehr zu erwarten. Nur eine wichtige Frage sei etwas außer Acht gelassen worden, nämlich die: welche Haltung würden die Sachverständigen hinsichtlich der politischen Durchführung ihrer Pläne einnehmen? Theoretisch stehe es ihnen nicht zu, darüber eine Ansicht zu äußern, nur die alliierten Regierungen seien berechtigt, sich über Sanktionen und Garantien auszusprechen. Aber die Sachverständigen hätten die Frage doch nicht unbeantwortet lassen können, weil gewisse Empfehlungen, unter anderem die der Wiederherstellung der finanziellen Einheit der Reichseisenbahnen, eine Änderung der augenblicklich in den besetzten Gebieten geltenden Regimes in sich schließen. Man könne versichert sein, daß die Sachverständigen in allgemeinen Redewendungen Abänderungen des heutigen Zustandes in dem Maße empfehlen würden, in dem er die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands verhin-dert. Ferner werde der Bericht wahrscheinlich festlegen, daß jede absichtliche Verfehlung Deutschlands die Rückkehr zu der von Frankreich und Belgien seit 15 Monaten geschlossenen Garantie-system noch sich ziehen würde. Das Blatt spricht sich schließlich wiederum gegen die Empfehlungen der Sachverständigen aus und stellt die Frage, ob die militärische Befehlung, wenn sie einmal von der wirtschaftlichen getrennt sei, sich überhaupt werden halten können.

### Kritischer Tag im Unterhause.

#### Um die Mietzinsvorlage.

London, 7. April. (M.) Im Unterhause findet heute die zweite Debatte über die Mietzinsvorlage der Regierung statt. Der Parlamentarischer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ spricht von einem „kritischen Tag für die Regierung“ und schreibt, nur eine energische Behandlung der Lage könne die Regierung heute vor einer neuen Schlappe bewahren. „Daily Chronicle“ zufolge ist das Kabinett geteilter Ansicht über die Klausel, die der Wohlfahrtsminister Wheatley selbständig in die neue Vorlage eingefügt hat. Gestern abend fand eine eilig einberufene Ministerkonferenz in Downing Street statt, die sich, wie die Blätter melden, mit den Schwierigkeiten befaßte, in denen sich die Regierung befindet, und heute vormittag tritt ein Kabinettsrat zusammen, der die gleiche Angelegenheit erörtern will.

### Republikanischer Parteitag.

Die neugegründete „Republikanische Partei Deutschlands“ trat am Sonntag in den eigenen Räumen in der Wilhelmstraße zu ihrem ersten Parteitag zusammen. Der Parteitag am Sonntag wurde eingeleitet durch ein Referat des Oberregierungsrats Dr. Hans Simons über „Deutsche Außenpolitik“. Die RPD, so führte er aus, habe mit vollem Bewußtsein ihren Namen durch die Idee der Republik bestimmen lassen. Es werde der Tag kommen, an dem über die Schranken der Friedensverträge hinweg das Großdeutschland entstehen werde, das alle wahren Republikaner erstehen. In allen Parteien sei jetzt eine Rebellion der jungen lebendigen Kräfte zu verspüren. Schon die Zusammenkunft der Weimarer Nationalversammlung hat ein erschütterndes Bild. Dort sah man zu vier Fünfteln die alten Gesichter aus den Reichstagsgebäuden, Vertreter einer Welt, die in dem furchtbaren Erleben des Krieges zusammengebrochen war. Wir sind ein Land ohne Jugend geworden, jetzt wollen wir eine Partei der Jugend sein. (Beifall.) Wir wenden uns gegen die Leichtfertigkeit, mit der in ganz Deutschland vom künftigen Krieg geredet wird. Ein Programmpunkt ist nicht der Krieg, sondern der Frieden. Für ihn werden wir weiter wirken. Die Arbeit für ein neues, wirklich republikanisches Deutschland soll uns die Wege weisen zu einer Befreiung Großdeutschlands aus den Fesseln, die ihm jetzt noch in der Außenpolitik angelegt sind. Dr. Adolf Grabowski sprach dann über „Deutsche Einheit“. Es wurden dann mehrere Entschlüsse gefaßt, nachdem sie von den Antragstellern eingehend begründet waren. Sodann teilte Professor Westphal aus einem Briefwechsel mit Frau v. Arnshausen mit, daß Frau v. Arnshausen die Uebernahme der Spitzenkandidatur in der Reichstagsliste der RPD ablehnen müsse. Es wurde beschlossen, an die Spitze der Reichstagsliste nunmehr den Redakteur Karl Betzer zu stellen. Bei der Vorstandswahl wurde in den engeren Vorstand gewählt Betzer, Simons, Westphal, Sperling. Damit fand der Parteitag seinen Abschluß.

### Die Depression an der Börse.

Die bisher schlechende Börsennotiz nimmt nunmehr akuter Form an. Heute herrscht in den Berliner Börsenböden allgemeine Depression und schwerste Sorge um die weitere Gestaltung der Lage des Bankgewerbes. Es verläutet von neuen Zahlungsschwierigkeiten. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur kleinere Firmen, sondern auch Häuser, die bisher als recht sicher galten, genannt. In einem derartigen Falle soll bereits eine Stützungsaktion stattgefunden haben. Das Material, das durch Exekutionen an den Markt kommt, übt daher einen erheblichen Druck auf die Kurse aus. Die Situation wird dadurch verschärft, daß auch die Reichsbank starke Krediteinsparungen vornimmt. Auch die erneut aufflatternde Streikbewegung sowie vor allem die Ungewissheit über den Ausgang der Verhandlungen mit der Ricum schämen jegliche Unternehmungslust. Die heute begonnene Woche ist ja überhaupt voraussichtlich reich an schwerwiegenden Entscheidungen. Man braucht nur auf den für die nächsten Tage zu erwartenden Bericht der Sachverständigen hinzuweisen. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen steht auch die etwas unsichere Haltung der Welt im Ausland und im besetzten Gebiet. Der französische Frank liegt etwas fester. Das englische Pfund wurde heute mit 74/8 Franc bezahlt. Die offiziellen Devisenverhalte waren die Anforderungen wieder sehr groß. Kurse und Repartierungen sind unverändert. Der Geldmarkt liegt angespannt bei geringen Umläufen. Tägliches Geld 1/2 Promille, Rentenmarktkredite 3-3 1/2 Prozent monatlich, jedoch sehr schwer zu erhalten.

## Im Takte.

Von Hans Wesemann.

Zu einem niedlichen Sonntagmorgen, der außerdem im Berliner Westen stattfindet, sitzen viele freundliche Leute auf der Terrasse eines Cafés, und vergessen bei Schlagflöte und Lokal-anzeigerlektüre für ein Weilchen ihre Pflicht, nationalstaatsbürgerlich und auch sonst orientiert sein zu müssen.

Ein strenger Herr, mit einem Bologneserhündchen an der Leine, rührt gedankenschwer in der Tasse. Eine pompöse Dame wagt auf ihrem Busen eine Brillantbroche auf und nieder, und etliche Liebesleute halten sich verhalten an den feig transpirierenden Händen. Es ist also nichts besonderes los.

Über da gehts plötzlich los und — hier muß ich schon Villencron das Wort lassen — „Um die Ecke vaterländischs wie Tubaton des Weltgerichts“, und schon kommen vaterländische Verbände an- und vorbeimarschieren.

Zuerst der Zivilversorgungshilfsvereinsverein. Plötzlich gedrehte Schnurrbärte. Emergisch geschminkte Gebröde. Gut ausgerüstete Infanterie.

„Klapp klirr, Klapp klirr“, im Takte dazu die ordnen Ehrenzeichen. So stellt ich mir das eberne Zeitalter vor.

Die Turner kommen an im Schritt. Hurr! Prachtvoll entblüht und gestrammte Waden. Leicht zum Anlauf erhobenes Schreiten. Die gewölbten Busen, die ganz sächlich, wertheimlich-schamfermedelhaft aussehen, strafft das nationale Hochgefühl. Und die pompöse Dame wagt heftiger mit den Brillanten und vergleicht im Stillen die verschiedenen Wadenmuskulaturen, und gedenkt vorwurfsvoll-verächtend des fernen Gatten.

Und dann die kleinen Mädchen. Ganz weiß, von erschreckender Unschuld, mit wasserfestpomadierten Haaren. Melodisches Schreiten. Weichblau Augen, sanftes Feuer. Eine selbstgehaltene und außerdem schwarzweißrote Standarte weht über ihnen her. So ziehen sie ihrem teutonischen Ziel entgegen. Klingling — bumm-bumm.

Und alles geht im Takte — im Takte ... tee. Das ganze Publikum tritt auf der Stelle mit. Da kann man halt nig machen.

„Das ist die Macht des Rhythmus, daß unwillkürlich jeder mit muß.“

### Vom sechsten Sinne der Tiere.

Daß die Tiere gewisse Sinneskräfte besitzen, die schärfer sind als die des Menschen, ist eine bekannte Tatsache. Es gibt aber auch hier geheimnisvolle Vorfälle, die der Wissenschaft ein Rätsel sind und ein außerordentliches Abnormvermögen mancher Tiere offenbaren. In einer englischen Zeitschrift werden einige solche erstaunliche Geschichten vom „sechsten Sinne“ der Tiere erzählt.

Bei dem Untergang des kanadischen Dampfers „Kaiserin von Irland“, der infolge Zusammenstoßes im St. Lawrence-Fluß sank,

wurde die folgende Tatsache bekannt: Als das Schiff eben Quebec verlassen wollte, kam die Schiffsfahrer, mit ihren Jungen im Kauf, über die Landungsbrücke gelaufen, während man diese gerade emporziehen wollte. Man suchte das Tier, das seit langem zum Schiff gehörte und es nach niemand verlassen hatte, zurückzuführen. Aber die Frage war nicht dazu zu bewegen, wieder an Bord zu gehen; man ließ sie an Land, und sie rettete damit ihr Leben. Der Zweifler mag dies als bloßen Zufall bezeichnen, aber es gibt andere ähnliche „Zufälle“, die auf das Vorhandensein irgendwelcher Sinneskräfte bei den Tieren hinweisen, die wir nicht haben. Man denke nur an das Geheimnis des Vogelzuges, an die Wanderungen der Fische. „Ein 5 Monate alter Aukud findet seinen Weg von Europa nach Afrika ohne Führer. Die Heringe kommen jahraus jahrein auf ganz demselben Weg nach ihren Laichgründen. Die Wanderungen des Vogels hat man in jüngster Zeit genau durchforscht und beobachtet, daß der Vogels, auch wenn er zwei oder drei Jahre im Meereswasser verbracht hat, doch immer den Weg nach der weit-entfernten Mündung des Flusses zurückfindet, in der er einst das Licht der Welt erblickte. Tausende von Kilometern zieht er über die Meere, von seinem unbedingbaren Instinkt geleitet.“

Die Feinfühligkeit der Tiere im Voraussehen von Erdbeben und der Bitterung ist schon lange und oft beobachtet worden. Manche Tiere sehen das Wetter nicht nur auf Tage, sondern auf eine viel längere Zeit voraus. Der Hundentauher, der sein Nest direkt über der Oberfläche des Flusses baut, erleidet doch niemals durch eine plötzliche Flut Schaden; es scheint, als ob der Vogel genau weiß, wie hoch der Fluß während der Brutzeit steigen wird und die Menge der Niederschläge genau voraussieht. An wolkenlosen Tagen hat man rote Ameisen beobachtet, die ihre Nester verlassen, ihre Eier heraustragen und nach einem höher gelegenen Terrain auswandern. 48 Stunden später hatten Regenfälle die alten Nester zerstört, aber die flüchtigen Ameisen waren in Sicherheit. Die Florenze hört viele Stunden vor Eintritt von Regen auf, ihr Futter zu suchen, und viele Angler wissen darin ein untrügliches Zeichen für schlechtes Wetter, auch wenn das Barometer noch nicht das Geringste anzeigt. Der feine Instinkt der Bienen zeigte sich einmal auf hoher See. Der Dampfer „Antelope Coast“ war von Kapstadt auf der Fahrt nach England begriffen, und man fand unter der Ladung einen Bienen-schwarm verborgen. Es wurde ein roter Bienenstock aufgestellt, in dem sich der Schwarm niederließ. Eine Woche später erhoben sich plötzlich früh am Morgen sämtliche Bienen in die Luft und flogen nach Osten. Das Schiff befand sich zu dieser Zeit auf der Höhe der Kapverdischen Inseln, die aber noch weit östlich waren. Die Bienen mußten auf irgendeine Art gemerkt haben, daß Land so nahe war, um von ihnen erreicht zu werden, und sie flogen sofort viele Kilometer über das Meer dahin.

Die neue preussische Hochschulreform. Das Kultusministerium hat vor einiger Zeit Richtlinien aufgestellt nach denen die preussischen Universitäten nun selbst ihre Verfassungen beschließen. Während andere Hochschulreformen auf diese Weise schon zu einer neuen Verfassung gekommen sind, hat die Berliner Universität, da Verhandlungen nötig wurden, ihre Verfassung bisher noch nicht erlassen. Es wird sich dabei fast durchweg um geringe grundsätzliche

Veränderungen handeln. Die Zusammenfassung aller Lehrkräfte in der neuen Volkshochschule der Universität — so urteilt Prof. Dr. Wilhelm Köhler-Greifswald, M. d. L., im neuen Heft der „Berliner Hochschulnachrichten“ — wird weder die Betätigung in den Fakultäten, in denen weiter der Schwerpunkt liegt, noch den Wirkungsbereich des Universitätsrates wesentlich beeinträchtigen. Der Senat als Zusammenfassung der Fakultätsleiter und der auf breiter Grundlage gewählten Vertrauensmänner muß gegen die Sonderwege der Fakultäten die Einheit der Universität herstellen. Bedeutender ist, daß die Verfassungen an den Universitäten außer Berlin nur ordentliche Professoren grundsätzlich kennen. Die alten außerordentlichen Professoren haben nur noch eine rechtliche Bedeutung. Daß der Universitätsrat sich in einen „Universitätsrat“ verwandelt, ist weniger wichtig, als daß der Universitätsrat als ständiger Vertreter des Ministeriums gebildet ist, ja daß seine Verwaltungsstelle gestärkt wurde.

Zustandverbindungen mit dem Osten. Ueber den Ausbau der Funk-telegraphie von Deutschland nach den Ostländern macht Postinspektor Sebastiani in der deutsch-russischen, von dem jetzigen Reichswahlkommissar Prof. Bagemann herausgegebenen Halbmonatsschrift „Germanisch Export“ nähere Mitteilungen. Es bestehen gegenwärtig folgende Zustandverbindungen von Deutschland nach den Ländern Osteuropas; von den Großfunkstellen in Berlin nach Bulgarien mit der Gegenstation Sofia, nach Estland mit Gegenstation Hapsa, nach Jugoslawien mit Gegenstation Serajewo, nach Lettland mit Gegenstation Riga, nach Rußland mit Gegenstation Rostau. Bisher wickelte sich der Verkehr wie auch bei den übrigen Zustandverbindungen mit dem europäischen Ausland in bestimm'en, fest vereinbarten Verkehrszeiten ab. Doch ist eine Ausnahme der Verkehrszeiten, ja sogar die Einführung eines ununterbrochenen Tag- und Nachtverkehrs in Aussicht genommen und wird schon in absehbarer Zeit durchgeführt werden können.

Eine neue Brückenkonstruktion. Eine Brückenkonstruktion nach neuartiger Methode hat der amerikanische Ingenieur Henderson zu Pittsburg entworfen. Da der Fluß Alleghany, über den die Brücke führt, bisweilen Hochwasser hat, so müßte wenigstens die mittlere Brückenöffnung eine ziemlich erhebliche Höhe haben. Die ohnehin hohen Auffahrstärmen an den Ufern müßten um weitere 5 Meter erhöht werden. Nach einem Bericht der „Limeschau“ wird dies nun auf folgende Weise vermieden: Die Brücke hat zunächst die Höhe, die nötig ist, um den Schiffsverkehr bei normalem Wasserstande gut zu bewältigen. Die Aufleger der beiden Bögen auf den Strompfeilern können aber hydraulisch gehoben werden. Diese Hebung der Brücke um annähernd 5 Meter gewährt den Schiffen auch bei Hochwasser freie Durchfahrt. So hoch braucht aber die Brücke, wie statisch festgestellt ist, nur an vier Tagen gehoben werden. In den weissen Fällen genügt eine geringere Hebung, während sie an 185 Tagen in ihrer normalen Höhe bleiben kann.

Ueber die Glasfaserkabel im Telemobilfunk, die größte Glasfaserkabel der Erde, ist die Studie von Dr. A. v. L. am 10. 11. und 12. abends 8 Uhr, in der Zeitschrift „Hochschule“, Heft 301, Nr. 10, erschienen. Auch dort die Beschreibung eines in der Grotte aufgenommenen Films mit der Galerie Groß, Köthener Str. 38, zeigt Werke von Rudolf Schlichter und Franz Razerel.

## Der demokratische Parteitag.

Weimar, den 6. April. (Ill.) Am Sonntagmorgen wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Zur Debatte stand wiederum das Thema „Staat und Wirtschaft“, über das der Gewerkschaftsführer Gustav Schneider sprach. Der Redner ging davon aus, daß alle Arbeit die Befreiung Deutschlands zum Ziele haben müsse. Deshalb sei eine Verschönerung der Klassenverhältnisse notwendig. Die steigende Auswanderungszahl sei ein Warnungszeichen. Die deutsche Industrie hat ihren Wert durch Qualitätsarbeit begründet. Ohne Qualitätsarbeiter muß sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die wichtigste Frage sei und bleibe die Steigerung der Produktion. Die Arbeitsgemeinschaft habe in den demokratischen Arbeitnehmern die stärkste Stütze. Aber die Arbeitsgemeinschaft darf keine Form annehmen, die keinen Inhalt hat. Auf beiden Seiten muß der Wille zu gemeinsamer Arbeit vorhanden sein. Lokale Sozialpolitik ist die notwendige Ergänzung der privaten Wirtschaft. Die Invaliden- und Anstellungsverhältnisse müssen umgestaltet werden, um so durch verantwortliche Mitarbeit in der Wirtschaft die feste Grundlage für „die moralische Verfassung und gemeinsame Lebensfähigkeit des ganzen Volkes“ zu gewinnen.

Das Referat über „Volk und Boden“ hielt der Braunschweigische Staatsminister Könnemann. Er gab zunächst einen Überblick über die Verteilung von Grund und Boden, deren Ungerechtigkeit auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden könne. Hier eine Forderung zu erwirken, sei das Ziel der demokratischen Bodenpolitik. Wir müssen uns von dem falschen Bodenrecht lösen, daß der Boden nur dem gehört, der ihn bezahlen kann, nicht dem, der ihn braucht. Die Nationalversammlung hat neue Wege gewiesen. Geheime Verträge liegen vor und werden dem neuen Reichstag beschliffen. Wir müssen wissen, daß die Einfuhr vermindert werden kann. Wirtschaftlich ist für die Zukunft des Reiches der landwirtschaftliche Bevölkerung ausschlaggebend, sich als Träger des Staates zu fühlen und zu betätigen.

Zu dem Thema: „Die Erhaltung der Kultur im verarmten deutschen Staat“ führte die Referentin, Oberlehrerin Emma Beckmann, Homburg, folgendes aus: Auch der verarmte Staat hat die Pflicht der Erhaltung der Kultur. Wir wünschen, daß in Deutschland das Reich bestimmenden Einfluß auf kulturelle Bestrebungen behält. Der neue deutsche Staat hat die Aufgabe, die Kultur unseres Volkes zu demokratisieren, er muß alle Sorgfalt der Schule, Fortbildungsschule, Volkshochschule, den Volkshochschulen zuwenden, aber auch die Pflege des künstlerischen und religiösen Heimatgutes sich angelegen sein lassen. Ebenso notwendig wie diese breite Volksschule ist dem demokratischen Deutschland die Pflege der Wissenschaft.

Damit waren die Referate beendet. In der Aussprache widersprachen Professor Dr. Baumgarten-Kiel unter lebhafter Zustimmung dem Gedanken an einen rein bürgerlichen Regierungsbund. Nachdem noch einige andere Redner zu Worte gekommen waren, folgte der Parteitag das Ergebnis der Besprechungen in folgende Willensäußerung zusammen: In Weimar, an der Geburtsstätte der deutschen Demokratie und Republik, an der Stätte, an der das deutsche Geistesleben seine höchste Entfaltung fand, erklärt die DDP: Im Zeitalter des Materialismus und Nüchternlebens bekennt sich die DDP zum deutschen Idealismus. Aus diesem Idealismus fließt der unerschütterliche Glaube an Deutschlands nationale Sendung, an Deutschlands nationale Zukunft. Wir kämpfen und ringen für Deutschlands Freiheit nach außen und Deutschlands Gleichberechtigung unter den großen Völkern der Welt. Deutschland und die Welt müssen aus den Fesseln des Versailles Diktats und aus den Banden der Schuldfrage befreit werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß auch bei uns Wahrheit werden! Wir kämpfen für eine vernünftige Regelung der Reparationen, die Deutschland und Europa aus dem 10jährigen Kriegszustand befreit. Wir wollen die Erhaltung der Reichseinheit, der Demokratie, der Republik.

Die Kundgebung wurde einstimmig angenommen. Mit dem Gelang von „Deutschland, Deutschland über alles“, schloß der offizielle Teil des Parteitages.

## Ministerwahlreden.

Je näher der Wahltag heranrückt, um so mehr werden wir Sonntags mit Wahlreden der verschiedenen Minister beglückt. Gestern sprachen der Reichsfinanzminister in Barmen, Dr. Stresemann in Kiel, Dr. Jarres in Elberfeld. In den Reden aller Minister werden bezeichnenderweise die außenpolitischen Fragen am eingehendsten behandelt. Der Ablauf der Ricum-Verträge, die bevorstehende Veröffentlichung des Gutachtens der Sachverständigen zwingen die Regierung, sich gegen die deutschösterreichische Agitation zu wenden. Dr. Jarres sprach in Barmen von der „Zwangslage der Außenpolitik“ und betonte:

„Gerade weil wir uns in tiefster Seele deutsch fühlen und nationale Gesinnung nicht nur auf den Lippen tragen, darum muß immer wieder betont werden, daß Politik nicht eine Sache des Herzens sondern Sache ruhiger Überlegung und kalter Vernunft ist. Und fühle Überlegung muß uns sagen, daß nach dem Verlust des Weltkrieges auch die durch den Friedensschluß uns auferlegten Lasten getragen werden müssen, soweit sie in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit liegt. Diese Politik wird am schärfsten von östlicher und deutsch-nationaler Seite angegriffen. Man will uns Rang an nationaler Gesinnung vor, weil wir auf Bestätigung mit dem übermächtigen Gegner bedacht gewesen sind und jede Möglichkeit benutz haben, um zu Verhandlungen über unsere Leistungen aus dem Friedensvertrag zu gelangen. Der Friedensvertrag soll getroffen werden, wir sollen jede Leistung aus dem Friedensvertrag verweigern!

Wahrhaftig, es könnte Herrn Poincaré sein größerer Gefallen geschehen, als wenn einmal eine deutsche Regierung so leicht wäre, dieser Aufforderung Folge zu leisten.

Die Herrschaften hüten sich auch wohl, die Folgen eines solchen Tuns darzulegen. Es ist geradezu Wahnsinn, ein wehrloses Volk zum Widerstand gegen eine hundertfach überlegene Armee, ausgerüstet mit den modernsten Kriegswerkzeugen, anzufacheln.

Es ist Verbrechen am Vaterland, durch Aufweckung nationaler Leidenschaften Zwietracht in unser Volk hineinzufügen, wo uns allein einmütiges und einflussreiches Auftreten eine gewisse Stärke nach außen zu verleihen vermag.

Es würde den Zerfall des Reiches, die völlige Zerrüttung des deutschen Volkes zur Folge haben, wenn wir dem wahnwitzigen Verlangen rechtsradikaler Kreise nachkommen wollten.

Herr Stresemann war in seinen Äußerungen auch gestern wieder vorsichtiger. Es ist Wahlkampf, und die Partei der „Rechtensprenger“ glaubt, ohne Verbeugungen gegen die Rechtsparteien nicht auszukommen. So legte er ein gutes Wort für die vaterländischen Verbände ein, betont, daß die Franzosen kein Recht hätten, Demonstrationen der Deutschösterreichischen und Deutschnationalen für ihre Politik auszunutzen und versichert, daß auch Hergt für Erfüllungspolitik eingetreten ist. (Vielleicht hofft er mit Hergt bald in einer Regierung zu sitzen. Dr. Jarres bekämpft die Schuldfrage und verlangt die Wiederherstellung der Staatshoheit im besetzten Gebiet.

Was die Reichsregierung wirklich will, kann man freilich aus den Ministerreden nicht entnehmen. Es ist fraglich, ob die Undurchsichtigkeit der Regierungsabsichten nur Politik nach außen hin ist oder ob nicht alte Gegensätze darin zum Ausdruck kommen. Die schönen heroischen Reden, in denen sich Dr. Stresemann neuerdings gefällt, werden aber auf die Außenwelt kaum Eindruck machen und vor allen Dingen die deutsche Regierung nicht von dem Zwang befreien, zu sagen, was sie eigentlich will: Pörsch oder Politik?

# Ludendorffs Hochverrat und Deutschlands Justiz

Um gegen das Münchener Hitler-Urteil ihre Stimme zu erheben, fand sich die Berliner Arbeiterschaft in großer Menge am Sonntag vormittag in der Brauerei Friedrichshain ein. Das Referat hielt Genosse Dr. Paul Voel. Seinen anderthalbstündigen Ausführungen wurde mit höchster Spannung gelauscht. Der Redner führte u. a. aus:

Es ist ein eigenartliches Ding um die Beherrschung einer Klasse durch eine andere! Nicht allein durch Gewalt geschieht dieses. Auch geistige Fesselungen sind es, die seit jeher ununterbrochen an der Unterdrückung des Volkes mit am Werke sind. In erster Linie die Nähe von der Götlichkeit des Königtums. Diese Gnade Gottes breitet es auch auf die anderen Unterdrückungs-Institutionen aus, insoweit auf die Justiz. Die behauptet aber, über dem Tageskampf, über der Politik zu stehen. In Wirklichkeit jedoch war sie stets nichts anderes, als das unbewußte Werkzeug in der Hand der Klasse, deren Angehörige die Richter selbst sind. Undes sie glaubten, göttliches Recht zu sprechen, waren sie tatsächlich nur der lebendige Ausdruck der bestehenden sozialen Verhältnisse. Die Justiz in Deutschland hat aber schon seit langem aufgehört, nur ein unbewußtes Werkzeug der Klassenherrschaft zu sein. Die Richter wissen nur zu gut, daß sie die Waffe nicht des Staates, sondern eines Teiles der Staatsbürger gegen den anderen Teil führen.

### Die Justiz ist politisch geworden.

Sie war es, als das außerordentliche Gericht die Mörder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs frei ausgehen ließen, sie war es auch, als im Jahre 1920 zum ersten Male auf Anregung des Oberreichsanwalts das Reichsgericht in Leipzig einen deutschen Bürger zum Landesverräter stempelte. Mit diesem Richterpruch begann der Zerfall des Reiches. Wie sah nun der Mann aus, der im Mittelpunkt der völkischen Bewegung stand — Ludendorff! Man hätte ihm, als einem geschlagenen Feldherrn, mitfühlend können, denn in dem Schicksal eines solchen Mannes liegt eine tiefe Tragik. Es ist auch nicht immer der äußere Erfolg, den die Geschichte mit Verbeeren bedeckt. So ist der Rachwelt nicht der Roman eines Scipio, sondern des von ihm geschlagenen Hannibals geläufig, nicht der eines Hamiltons, sondern der des besiegten Napoleon. Die Größe dieser Männer ist nicht so sehr in ihren Siegen zu suchen als darin, wie sie ihre Niederlage zu tragen verstanden haben und sich schweigend zurückzogen. Und Ludendorff? Er hat das Schicksal des deutschen Volkes auf diesen Schultern getragen, hat mit ihm gespielt und es verspielt; und dann stellte er sich wie ein leidendes Weib hin und hob anderen die Schuld in die Schuhe. Er sprach vor den Münchener Richtern, daß er Tannenberg und andere Siege verdorbe, daß er in der Stille seiner Studierstube im Generalstabshause am Königsplatz „um die Seele des deutschen Volkes gerungen“ habe; er vergaß aber zu er-

## Unter dem Hakenkreuz.

### Neue völkische Beerdigungsdemonstration in Eichwalde.

Die Beisetzung des Ruhrgefangenen Wilhelm Dreier in Eichwalde wurde erneut von den nationalsozialistischen Verbänden zu einer politischen Demonstration ausgenutzt.

In Sonderzügen wurden die Abordnungen der einzelnen Verbände beordert, die zum größten Teil militärisch uniformiert waren und zahlreiche Fahnen mit sich führten. Waffen waren, außer den zahllosen Handstücken und Knüppeln, zwar weiter nicht zu sehen. Daß aber die Herren sich für alle Fälle vorbereitet hatten, beweist der Befehl eines Führers auf dem Bahnsteig: „Die Gummi knüppel unter die Jacke!“ Das Mitführen von Hakenkreuzfahnen hatte der Kriegsveteran Eichwalde als Veranstalter der Trauerfeier ausdrücklich abgelehnt. Deshalb sah man auch nicht weniger als acht große Hakenkreuzfahnen wehend im Zuge, ganz abgesehen von den zahlreichen Hakenkreuzarmbändern und dergleichen — neben einer Unzahl von schwarzweißen und blauweißen Bannern. Eine Abordnung der „Balkumer“ erschien mit zwei Totenkopffahnen! Die in Preußen verbotenen Nationalsozialisten und das Freikorps Bülow kamen besonders zahlreich, in militärischer Gruppenformation. Ebenso stark erschien der berüchtigte bayerische Faschistenbund „Oberland“ mit einer besonderen Offizierskompanie. Der Bismarckorden, der „Deutsche Herold“ und die zahlreichen deutschnationalen Jugendverbände jeder Art wurden von Offizieren in Friedensuniform und mit geschultertem Degen geführt, die „Mannschaften“ dieser Verbände waren halb wüchtige Jungen und Mädchen von 13 bis 17 Jahren. Die Farben der Republik waren nirgends zu sehen — sie hätten sich auch dieser Umgebung schämen müssen. Nach der Trauerfeier in der evangelischen Kirche wurde der Sarg unter dem Vorantritt eines Russkorps der ehemaligen Gardepioniere nach dem Friedhof übergeführt und dort unter militärischen Ehren beigesetzt. General v. d. Goltz hielt eine kurze Gedächtnisrede, in der er Dreier mit Schlageter verglich und den baldigen Achsenkrieg verkündete.

Die Schupo hatte umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen, so daß es zu keinen Störungen kam. Am Gölziger Bahnhof wartete eine große empörte Menge auf die Hakenkreuzler, die es aber vorzogen, unter polizeilichem Schutze einzeln und mit eingerollten Fahnen zu verschwinden.

## Der Prozeß der Ostmischerin Genschow.

### Die erste Verhandlung des neuen Schwurgerichts.

Zum ersten Male trat heute früh das Schwurgericht in der neuen Belegung zusammen, in dem drei Richter und sechs Geschworene zusammen das Richterkollegium bilden und gemeinsam über Schuldfrage und Strafmaß beraten. Die bisherigen Geschworenendebatte bleiben unbeachtet. Der erste Strafvoll, den das Schwurgericht des Landgerichts II heute abzuurteilen hat, betrifft die Ostmischerin der Rote Genschow. Sie ist beschuldigt, im Jahre 1922—23 in vier Fällen Männer an sich gefesselt zu haben, ihnen Betäubungsmittel, teils Opium, teils Morphin, in die Getränke gemischt und die dann Betäubten ausgeplündert zu haben. Dabei ist der Tod eines ihrer Opfer, des Kaufmanns Hempel erfolgt. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Loch. Der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Duff, eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache an die Öffentlichkeit. Darauf wurden die Geschworenen vereidigt. Dann erhob R. A. Brandt Einwendungen und Bedenken gegen die Rechtsqualität des neuen Schwurgerichts. Diese Bedenken seien nicht nur von der Anwaltschaft, sondern auch von Kreisen des Reichsgerichts erhoben worden. Nach kurzer Beratung wies das Gericht den Einwand der Verteidigung zurück und trat in die sachliche Verhandlung ein. Die Angeklagte Rote Genschow ist eine schlanke, blonde Frau mit stark vererbten Gesichtszügen. Sie steht im 33. Lebensjahr und ist starke Morphium- und Kokainistin. Sie befindet sich, da sie von den Gerichtsärzten für hinfällig erklärt worden ist, seit einiger Zeit auf freiem Fuß. Der medizinisch hochintelligente Fall hat die Zuziehung eines ganzen Kollegiums von Sachverständigen erforderlich gemacht. Es sind anwesend: Professor Dr. Strauch, Prof. Dr. Frankl, Dr. Thiele, Dr. Strahmann und der Gerichtschreiber Dr. Brünning.

## Schweres Automobilunglück bei Tegel.

Am Sonntagabend um 7 Uhr fuhr ein Opelwagen von den Remerich-Werken, Karlshagen, der mit sechs Personen besetzt war und von Hennigsdorf kam, in der Nähe der Färkertee-Tegelgrund gegen einen Baum. Der Anprall war so stark, daß sich der Wagen überschlug und sämtliche Insassen samt dem Führer auf das Chausseepflaster geschleudert wurden. Die 28-Jahre alte Ehe-

frauen, daß er es war, durch dessen Schuld das deutsche Heer auf dem Gipfel des militärischen Glücks die Marne-Schlacht verloren hat und daß durch seine Schuld, als ihm das Glück 1917 nach dem Zusammenbruch der rumänischen Armee und nach der Februarrevolution wieder einmal währte, er es war, der in seinem Weltüberzeugungswahn die deutschen Armeen im Osten und im Norden Rußlands verstreute, anstatt sie nach dem Westen zu bringen. Und als er Deutschlands Zusammenbruch verschuldet hatte, wärte er das Schwert beiseite und floh nach Schweden. Und in ihm dem eilen Karren im Glück und dem schwächlichen Hypochonder im Unglück, steht ein gewisser Teil des deutschen Volkes fest, der „Befreier Deutschlands“. Das Gericht in München hat ihn freigesprochen, weil er nur das, gewollt haben soll, was die bayerische Regierung wollte. Was hat aber die gewollt?

### Hochverrat hat er begangen.

als er, trotz der vor seinen Augen vorgenommenen Verhaftungen der bayerischen Regierung, Führer der nationalen Armee gebildet war. Es gab eine Zeit, wo deutsche Richter Eingriffe in die Wehrverfassung des Reiches anders beurteilten. Karl Liebknecht war es, der nur für die Verbreitung einer Broschüre, die die Agitation unter dem Militär zum Inhalt hatte, 2½ Jahre Gefängnis erhielt, und der jegliche Parteifreund Ludendorff, Sepp Dertler, wurde wegen Hochverrat zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ludendorff ging aber frei aus. Man kann wahrlich von ihm, dem Millionen Löhne gepörrt worden sind, mit dem griechischen Historiker Plutarch sagen: Als Feldherr hat er seinem Vaterland nichts genützt, aber den Feinden gegen sein Vaterland viel. Die vom Genossen Künstler eingebrachte und begeistert aufgenommene

### Resolution

hat folgenden Wortlaut:

„Das Urteil des Volksgerichts gegen Hitler-Ludendorff bedeutet die Kapitulation der Staatsgewalt vor den deutschvölkischen Vandalenführern. Innen- und außenpolitisch bedeutet es den Beginn den Zusammenbruch der Republik, die ihre inneren Feinde freiläßt, während sie Tausende von Arbeitern, die für die Sache der Republik gekämpft haben, in Gefängnissen und Zuchthäusern hält. Einigkeit aller Opfer für die Sache des Proletariats rufen wir die Arbeiter Deutschlands auf, im Kampf für den Sozialismus sich zusammenzuschließen und so aus höchster Not das zu retten, was für ihre Sache in Deutschland zu retten ist. Hitler-Banden können uns nicht retten, nur ein einiges Proletariat wird alle seine Feinde niederringen.“

Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung. Die zahlreich anwesende Polizei zu Fuß und zu Pferde hatte keinen Anlaß einzuschreiten.

frau des Führers Matthes wurde auf der Stelle getötet. Eine andere Insassin, Frau Marie Pribe aus der Anwaltsstraße 14, trug einen schweren Bruch des linken Oberschenkels davon und mußte nach dem Hedwigs-Krankenhaus transportiert werden. Die übrigen Insassen sind mit Hautabwürfungen davongelkommen. Nach Zeugenaussagen dürfte die Schuld dem Führer treffen, der übermäßig schnell gefahren ist. Die Leiche der Frau Matthes wurde nach der Friedhofshalle in Tegel gebracht.

Am Sonntagmorgen erfolgte an der Ecke der Pfaueninsel-Chaussee und der Königsstraße in Wannsee ein Zusammenstoß zwischen einem Personentransportwagen und einem Radfahrer, dem Assistenzarzt Dr. Bonasch-Westend. Hierbei fuhr der Wagenführer — Richard Krüger aus Wilmsdorf — auf den gegenüberliegenden Bürgersteig und gegen einen Borganen, wobei drei weitere Personen verletzt wurden, darunter der 16-jährige Kurt Dreßler aus Tietzenau, der auf dem Transport nach dem städtischen Krankenhaus in Potsdam verstarb. Der angeführte Radfahrer erlitt einen doppelten Schädelbruch und mußte nach dem Krankenhaus Westend gebracht werden. Der Führer des Autos sowie dessen Ehefrau und seine Tochter, die im Wagen saßen, wurden herausgeschleudert. Die Frau erlitt hierbei eine schwere Rückenverletzung; die Tochter blieb unverletzt. Das Auto selbst wurde stark beschädigt.

Der Unterausschuß zur Vorbereitung der Bürgermeisterversammlung hat glücklich eine erste Sitzung abgehalten, in der von den vorliegenden 48 Bewerbungen 19 von vorn herein ausgeschlossen wurden. Die restlichen Bewerbungen sind auf die Mitglieder des Unterausschusses zur Bearbeitung und Berichterstattung verteilt. In der zweiten Sitzung soll eine weitere Aushebung stattfinden, bis schließlich vielleicht ein Dutzend übrig bleibt, die in die enge Wahl kommen. Die ganze Arbeit wird im Unterausschuß mindestens zwei Besungen erfordern. Man wird also noch lange warten können, bis ein Bericht an den Hauptauschuß fällig wird.

Theaterbrand. In der Nacht zum Sonntag entstand im Deutschen Theater infolge Kurzschlusses ein Bühnenbrand, bei dem verschiedene Vorhänge und Klappen vernichtet wurden. Das Feuer wurde mit dem Haushydranten gelöscht.

Großfeuer. Am Sonntagabend wurde die Feuerwehr nach dem Hause Schillerstraße 102 gerufen, wo in dem Ateliergebäude des Malers und Bildhauers Professor Friedl durch Kurzschluß Feuer ausgebrochen war, welches seine Wohnungs- und Ateliereinrichtung vollständig vernichtete. Der Sachschaden ist bedeutend.

Bahnhof Gneisenaustraße. Heute vormittag fand eine erste Besichtigungsfahrt der neuen Strecke der Nord-Südbahn vom Bahnhof Gneisenaustraße, Ecke Mittenwalder Straße über Bahnhof Belle-Alliance-Straße bis zum halbeschen Tor statt. An der Besichtigungsfahrt nahmen der Oberbürgermeister, Mitglieder des Magistrats, der Tiefbau- und Verkehrsdeputation, des Verkehrsamtes und des Aufsichtsrats der Nord-Südbahn teil. Die Besichtigung fand in einem der neuen Wagen statt, mit denen der Betrieb der zwei neuen Bahnhöfe am 15. April aufgenommen werden soll. Besonders der neue Bahnhof Belle-Alliance-Straße erregte allgemeines Aufsehen durch seine wirkungsvolle architektonische Ausgestaltung.

Der Kreisrat für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz veranstaltet zusammen mit dem Jugendamt Prenzlauer Berg einen Begehung für Allgemeine und Jugendwohlfahrt. Heute spricht Danziger Straße 64 um 6¼ Uhr Genosse Nachow über die sozialen Aufgaben der Schule.

Humboldt-Hochschule. Die Ethik der Weltreligionen behandelt in einem Kurstag Dienstag, abends 8 Uhr, Dorothienstr. 12, Herr Richard Stahn (Pestalottismus), Kaplan Fabiel (Anthropismus), Rabbiner Dr. Weiske (Judentum), Dr. Herbert Wenzel (Buddhismus) und (Islam).

„Deutschland“ in New York eingetroffen. Wie die Hamburg-Amerikanische mitteilt, ist der neue Dampfer „Deutschland“ nach einer glänzenden verlaufenen Reise bereits am Sonntagabend in New York eingetroffen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis, Prenzlauer Berg, Dienstag abends 7¼ Uhr: Wichtiger Parteibesprechung mit den Parteimitgliedern der Bura, Prenzlauer Höhe 180.
2. u. 3. Kreis, Dienstag, den 8. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Bildungs-ausschüsse bei Gott, Knibbe-Eda Berdelbenstraße, Tagungsraum: Arbeiter Straße 21. 21. Sitzung der Parteimitglieder, mit der Sitzung verbunden.
3. u. 4. Kreis, Dienstag, den 8. April, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteimitglieder bei Genosse Seebach: Schneiderstraße 107, Raum und Vorzimmer.
108. Abt. Sprengel, Dienstag, abends 7 Uhr, Treffpunkt: Dammvorstadt, Bohle-Schule; 21. Sitzung der Parteimitglieder, Knibbe-Eda Berdelbenstraße, 21. Sitzung: Riegelheimer Str. 42.

